

Wie glaubwürdig kann die deutsche Finanzpolitik sein?

von

Heiner Flassbeck

FTD, 5. Mai 2002

Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrem Frühjahrsgutachten einen neuen Grundsatz für die Finanzpolitik aufgestellt, der sich als äußerst problematisch für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa erweisen könnte. Nachdem die Wirtschaftsforscher im letzten Herbst noch ein Vorziehen von Steuersenkungen zur Belebung der Konjunktur vorschlugen, machen sie jetzt eine Kehrtwendung und fordern eine strikte Einhaltung des von der deutschen Finanzpolitik in Brüssel zugesagten Konsolidierungskurses. Dieser aber verlangt erhebliche Einsparungen auf der Ausgabenseite bei unverändertem Steuerkurs. Das zentrale Argument für diesen Schwenk der Institute ist die "Glaubwürdigkeit". Weil Deutschland in den Verhandlungen um den "blauen Brief" eine nur schwach konditionierte Austerität bis 2004 zugesagt und in seinem Stabilitätsprogramm festgeschrieben hat, müsse es nun zu dieser Zusage stehen, weil ein erneutes Abweichen davon noch schlimmer wäre als die unmittelbaren negativen konjunkturellen Folgen, die das staatliche Sparen ohne Zweifel mit sich bringt.

Das ist schon für sich genommen eine erstaunliche Schlußfolgerung. Weil der Staat etwas zugesagt hat, sei es wirtschaftlich richtig oder falsch, er muß es einhalten, weil die Bürger das Vertrauen in den Staat verlieren, wenn die Zusage nicht gilt, ganz gleich, was sonst geschieht. Wenn ein Arzt einmal die falsche Medizin verschrieben hat, muß er sie weiter verschreiben, weil der Vertrauensverlust beim Wechsel der Medizin auf jeden Fall schlimmer ist als die schädlichen Wirkungen des falschen Medikaments. Noch erstaunlicher ist aber, daß die Institute den Leser vollkommen im Dunkeln darüber lassen, welchen Politikbereichen die Aufgabe zufällt, die Wirkungen der staatlichen Restriktionspolitik auf Wachstum und Beschäftigung auszugleichen. Außer einem vagen Hinweis auf kleine Länder, die ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Großen verbessert hätten, der aber sofort von den Instituten selbst wieder relativiert wird, findet sich praktisch nichts. Die Geldpolitik werde demnächst zu Recht die Zinsen erhöhen, konstatieren die Forscher, sie könne aber einem erneuten Einbruch der Konjunktur begegnen, wenn die Lohnabschlüsse moderat bleiben.

Man stelle sich eine solche Konstellation in den USA vor: Die Finanzpolitik bremst kräftig, die Geldpolitik bremst noch gerade nicht, hat den Fuß aber schon auf dem Bremspedal. Jeder Konjunkturforscher würde einen Abschwung vorhersagen, nicht aber eine Belebung, die das staatliche Konsolidierungsabenteuer zum Erfolg werden läßt. In Europa gehen die Uhren offenbar anders. Die Konjunktur kommt durch ein Wunder in Fahrt und der Staat kann sein Konsolidierungsziel erreichen und seine Glaubwürdigkeit wahren. Wie das geschehen soll, steht in den Sternen. Die Institute jedenfalls lassen die Wirtschaftspolitik allein mit dem Dilemma, das sie sich selbst eingebrockt hat.

Wenn die Bundesregierung jetzt die Signale bis 2004 auf rot stellt und den Ausgabenanstieg, der ohnehin nur wenig zulegt, noch einmal drastisch verringert, nimmt die Gefahr einer erneuten Abschwächung der Konjunktur oder einer anhaltenden Schwächephase enorm zu. Die Weltkonjunktur wird den deutschen Exporteuren nicht so bald volle Auftragsbücher besche-

ren, weil die globalen Kapazitätsüberhänge noch immer groß sind und bei der bisherigen Lokomotive USA der Motor stottert. Die Verschuldung der amerikanischen Unternehmen, der privaten Haushalte und des Landes insgesamt im Ausland hat Ausmaße angenommen, die einen raschen und anhaltenden Aufschwung nicht erwarten lassen. Viel eher ist ein Szenario wahrscheinlich, bei dem der US-Dollar schon bald von seinem Gipfel herunterkommt und die deutschen Exporthoffnungen im Keim erstickt. Dann bliebe als einzige Hoffnung die europäische Geldpolitik, die - in völliger Abkehr von ihrer bisherigen Strategie - die Stärke des Euro zum Anlaß nehmen müßte, die Zinsen rasch und aggressiv herunterzufahren. Bleibt sich die EZB aber treu und wartet ab oder reagiert zu spät mit ihren berühmten Trippelschritten, muß der staatliche Konsolidierungsversuch kläglich scheitern.

Weil in Europa die Rollenverteilung der Wirtschaftspolitik nicht stimmt, ist eine vorangekündigte Konsolidierung immer falsch. Da nützt auch das Feigenblatt eines konjunkturellen Vorbehalts, den sich Berlin in Brüssel hat einräumen lassen, nichts. Wenn der Staat in einer Schwächephase, in der es lediglich die Hoffnung auf einen Aufschwung gibt - beim Sparen in die Vollen geht, vermindert er bei der europäischen Rollenverteilung die Chancen auf einen Aufschwung so stark, daß er am Ende mit noch höheren Defiziten und einer noch schlechteren Wachstums- und Arbeitsplatzbilanz dasteht. Bis jetzt konnte die Politik auf die Folgen des amerikanischen Abschwungs verweisen, um den deutschen Einbruch bei Konjunktur und Konsolidierung zu erklären. Ab jetzt ist alles hausgemacht, die Fehler der Politik - und die der Berater.